



Niederschrift zur 5. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 19.08.2020
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:37 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf**

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Wilke

Ausschussmitglieder

Herr Thomas Czesky

Herr Detlef Gurczik

Herr Marko Njammasch

Herr Sven Reimer

Herr Steffen Sloty

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Amtsleiterin Bauamt

Frau Kerstin Widera

Öffentlichkeitsarbeit

Herr Fred Hasselmann

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Gäste

Bürger

Herr U. Voltz - OV Lindenbrück
Herr M. Juricke - OV Horstfelde
Herr S. Baranowski - OV Zossen
Herr R. Buge - OV Schünow
Herr R. Freiherr von Lützwow - SVV u. OV Wüns-
dorf
Herr D. Klucke - SVV
Bürger: 16 laut Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 06.05.2020, 10.06.2020 und 19.06.2020
5. Bericht aus der Verwaltung
6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
8. Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Fußballgolfanlage Glienick" im OT Glienick (Wiedervorlage)
Vorlage: 013/20
- 8.2. Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan "Siedlung am Wasserfließ" im OT Zossen (Wiedervorlage)
Vorlage: 015/20

- 8.3. Benennung der neuen Straße im Plangebiet "Wohnsiedlung Machnower Chaussee" (Wiedervorlage)
Vorlage: 020/20
- 8.4. Aufstellungsbeschluss für die Änderung 4.1. zum FNP der Stadt Zossen - Wohnen am Olympiastadion
Vorlage: 053/20/01
- 8.5. Benennung der Straße im Gebiet des Bebauungsplanes "Glienicke Straße I. und II. BA"
Vorlage: 066/20
- 8.6. Offenlagebeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes "Solarpark am Koschewoi-Ring" im GT Waldstadt, OT Wünsdorf der Stadt Zossen
Vorlage: 067/20
- 8.7. Widmungsverfügung über die Zuwegung der Grünfläche im Plangebiet "Am Eichenhain" - 2. Änderung im GT Waldstadt, OT Wünsdorf der Stadt Zossen
Vorlage: 068/20
- 8.8. Mittelbahnsteig Bahnhof Zossen - Übernahme höherer Planungskosten und Übernahme Baukosten
Vorlage: 071/20
- 8.9. Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts
Vorlage: 073/20
- 9. Anträge von Fraktionen
- 9.1. Änderungsantrag der Fraktion AfD, eingegangen bei der Stadt Zossen am 12.05.2020: Änderungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 128/19 (Wiedervorlage)
Vorlage: 045/20
- 10. Informationen zur Deponieerweiterung Schöneiche

Nichtöffentliche Sitzung:

- 11. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den nichtöffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 06.05.2020, 10.06.2020 und 19.06.2020
- 12. Bericht aus der Verwaltung
- 13. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 14. Beratung von Beschlussvorlagen
- 15. Ankauf Wasserturm Zossen
Vorlage: 069/20
- 16. Schließung der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wilke, eröffnet die Sitzung um 19:01 Uhr.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wilke stellt fest, dass alle sechs stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor. Diese wird wie vorliegend abgestimmt.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 06.05.2020, 10.06.2020 und 19.06.2020

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannten Niederschriften vor. Die Niederschriften gelten damit als angenommen.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Frau Schwarzweller beantragt vorab Rederecht für die anwesenden Planer und Investoren.

Herr Wilke äußert, dass die Planungsbüros und Investoren immer Rederecht im Ausschuss haben. Das wurde schon immer so gemacht.

Frau Schwarzweller hielt den Bericht anhand einer vorbereiteten Präsentation. Dabei werden insbesondere die folgenden Punkte behandelt:

- I. Feuerwehr Wünsdorf
- II. Hort am Wasserturm 2. Rettungsweg
- III. Schule Zossen

- IV. Digitalpakt
- V. Hort am Wasserturm Neubau
- VI. Deutsche Bahn Straßenbrücke Höhe Kreisverkehr OT Wünsdorf
- VII. Deutsche Bahn Straßenbrücke Dabendorf / Nordumfahrung
- VIII. FNPs der Stadt Zossen

Weiterhin führt Frau Schwarzweller aus, dass der Umzug der Feuerwehrrwache Wünsdorf schon im September erfolgen könnte. Es sei noch in Klärung, was mit der Jugendfeuerwehr wird.

Zum Hort am Wasserturm: Ein Brandschutzgutachten wurde in Auftrag gegeben. Frau Schwarzweller erklärt, dass sie noch nicht alle Ergebnisse kenne. An der Goetheschule seien viele Baustellen. Sobald das Gutachten vorliege, werden die Ergebnisse einer neuen Kostenrechnung hier im Ausschuss vorgestellt.

Zum Thema Digitalpakt führt sie aus, dass man in permanentem Austausch mit den Schuldirektoren sei. Die Leistungsverzeichnisse werden bald fertig sein. Es müssen Ausschreibungen erfolgen. Die komplette Verlegung der benötigten Leitungen werde das meiste Geld aus dem Digitalpaket in Anspruch nehmen. Es müssen zunächst die Investitionen in die benötigte Infrastruktur vorgenommen werden.

Hort am Wasserturm: Ende 2020/2021 rechnen wir mit der Baugenehmigung. Zur Beantragung der Fördermittel ist die Genehmigung des Haushaltes durch den Landkreis notwendig.

Bahnquerung Wünsdorf: Die Stadt hat die Rechtsmittelfrist versäumt, daher ist der Planfeststellungsbescheid bindend. Das Hauptargument für die Nichteinhaltung der Kreuzungsvereinbarung ist das Nichtvorliegen von Verkehrszahlen. Die Bahn komme zu dem Ergebnis, dass eine zusätzliche Querung in Wünsdorf nicht notwendig sei.

Frau Schwarzweller erläutert im Folgenden die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen. Dazu zählen u. a. Verkehrszählungen in der Chausseestraße und am Bahnhof Wünsdorf. Frau Schwarzweller appelliert an die Wünsdorfer für die Unterstützung durch die Bürger (Unterschriften, Medien). Es müsse nachgewiesen werden, dass wesentlich mehr Verkehr herrsche, als in der Vergangenheit angenommen wurde.

Nordumfahrung: Die Kosten für die Nordumfahrung werden von der Stadt Zossen allein getragen werden müssen. Wir haben einen Rechtsanspruch auf die Unterführungen. Wenn zwei Übergänge geschlossen werden, muss die Bahn auch für zwei Querungsmöglichkeiten sorgen. Es bedeute nicht, dass die Nordumfahrung nicht kommen soll. Daher liege die heutige Beschlussvorlage vor. Die Rettungswege können bei der vorliegenden Planung nicht mehr eingehalten werden. Es sei eine Kooperationsvereinbarung mit der Gemeinde Rangsdorf angestrebt. Man habe sich an der Verkehrsstudie Flughafenumfeld beteiligt.

Herr Wilke erteilt Herrn Haase auf Wunsch von Frau Schwarzweller das Wort.

Herr Haase, IDAS:

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde durchgeführt. Die Bürgermeister von Rangsdorf und Zossen haben signalisiert, zusammenarbeiten zu wollen. Verkehrstechnische Untersuchungen wurden damals schon durchgeführt. Damals gab es seitens Rangsdorf nicht die Bereitschaft zu kooperieren. Dies sei jetzt anders.

Frau Schwarzweller zeigt den Anwesenden anhand eines Planes die derzeitigen Optionen für die Trassenführung der Nordumfahrung. Bei der derzeit geplanten Trassenführung seien nicht so viele private Grundstücke anzukaufen. Dies bedeute u. a. weniger Streitigkeiten mit Privaten. Eine bessere Verkehrsführung im Mündungsbereich auf die B 96 wäre ebenfalls möglich. Die Trasse würde hinter der Kurve Richtung Groß Machnow rauskommen.

Frau Schwarzweller führt ihren Bericht zum Thema FNP Wind fort. Es müsse die rechtliche Frage geklärt werden, ob unsere Kriterien einen Einfluss finden. Die Verwaltung habe in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleistet. Wir stehen in engem Kontakt mit der Regionalen Planungsgesellschaft. Es mache großen Sinn, dass unsere Wälder Bestandskraft haben. Der alte Regionalplan Wind wurde außer Kraft gesetzt.

FNP 3. Änderung: Die frühzeitige Offenlage sei im Juli erfolgt. Es sind 11 Stellungnahmen von Bürgern eingegangen.

Herr Wilke bittet darum, dass der Bericht schriftlich vorgelegt wird.

Einwohnerfragestunde

Frau R.:

In Gesprächen mit anderen Bürgern wurde oft erwähnt, dass es Gerüchte gibt, dass Frau Schwarzweller die Stadt ausverkaufen will. Haben Sie die Absicht, in nächster Zeit Flächen der Stadt Zossen zu verkaufen? Was spielt die ZWG für eine Rolle?

Im Aufsichtsrat der ZWG sitzen nur Leute, die Ihnen nicht wohlgesonnen sind. Wie kann man verhindern, dass die ZWG Grundstücke verkauft? Wo kann man einsehen, welche Grundstücke im Eigentum der ZWG sind?

Frau Schwarzweller:

Alle Grundstücksverkäufe müssen durch Beschlussfassung der SVV erfolgen.

Als Gesellschafter hat man weitaus andere Rechte. Hier soll auch in den Gesellschaftervertrag ein Passus integriert werden, dass der Aufsichtsrat nicht verkaufen darf, sondern Grundstücksverkäufe immer durch Beschluss der SVV legitimiert werden.

Herr Hummer:

Als Aussichtsratsvorsitzender der ZWG finde ich die Äußerungen beschämend. Auch wir sind demokratisch gewählt worden. Ich finde es abartig, dass uns unterstellt wird, dass wir gegen die Bürgermeisterin arbeiten würden. Ich verwahre mich gegen diese Behauptung.

Herr Gurczik:

Super hinbekommen, jeder hier weiß, dass die Leute, die im Aufsichtsrat sitzen, genau die Leute sind, die den Ausverkauf verhindern wollen. Das war ein dummer Trick, Frau R. sprechen zu lassen. Sie haben in der SVV die Mehrheit und geben damit der SVV die Macht, die Grundstücke zu verkaufen.

Bürgerin:

Es geht um Fäkalien im Goethering. Es geht um die Verbindung von Eiskutenberg und Berliner Allee. Ein Investor hat dort Grundstücke gekauft. Durch die Grundstücksgrenzen kommt die Müllabfuhr und die Abwasserentsorgung nicht mehr durch. Was soll da passieren? Auf dem Plan ist zu sehen, dass sogar Grundstücke abgeschnitten sind.

Frau Schwarzweller:

Bitte geben Sie uns ihre Kontaktdaten, wir prüfen das in der Verwaltung.

Herr Juricke, OV Horstfelde:

Wenn die nächste Verkehrszählung in Wünsdorf ist, machen Sie das bitte, wenn die Straße nicht gesperrt ist.

An Herrn Reimer und Herrn Njammasch: Bitte um Mitteilung, wo Sie die letzten beiden Wochenenden waren.

Frau Schwarzweller:

Kein Abgeordneter muss mir sagen, wo er am Wochenende war.

Die Verkehrszählung ist natürlich erfolgt, bevor die Straße gesperrt war. Die letzte Zählung war einen Tag vor der Sperrung.

Bürger:

In den 90er Jahren gab es ein Model für ein Zentrum in Wünsdorf. Bitte an die Bürgermeisterin, die alten Pläne herauszuholen.

Ich habe die Informationen aus dem Internet. Ich werde die entsprechende Adresse heraussuchen. Es wäre eine attraktive Sache für Wünsdorf als Zentrum.

Frau Schwarzweller:

Wenn Sie eine Internetrecherche machen würden und uns zur Verfügung stellen, wäre das toll.

Herr W.:

Er wohne in der Goethestraße in Dabendorf.

Bisher sei eine Nordumfahrung konkret geplant gewesen. In der Zwischenzeit habe er Unterlagen erhalten – Herr W. zitiert die Beschlussvorlage Nr. 073/20 -. Was sind Ihre konkreten Stellungnahmen dazu? Wenn Sie eine Überquerung in Dabendorf innerorts machen, tragen Sie Verkehrslärm in den Ort hinein. Außerdem tragen Sie Verkehr in den Ort, wo Schule und Kindergärten sind.

Frau Schwarzweller:

Zum einen soll der Grundsatzbeschluss zur Nordumfahrung nicht aufgehoben werden. Er soll den letzten Streckenabschnitt mit in die Planung aufnehmen. Der letzte Abschnitt der Trasse soll in Kooperation mit Rangsdorf erfolgen. Die Behauptung, es soll eine Überführung geben, halte ich für sehr verwerflich. Es wurde nie besprochen, dass eine Brücke errichtet werden soll. Ich möchte eine gute Nordumfahrung. Wir müssen eine smarte Lösung für Zossen schaffen. Es ist mir sehr wichtig, dass Dabendorf und Zossen barrierefreier werden. Die Planungen müssen dahingehend überdacht werden. Vor allem, wenn wir einen Rechtsanspruch darauf haben, in die Diskussion mit der Bahn zu gehen. Erst recht wenn wir einen günstigen Deal erhalten. Im Moment ist klar, dass wir die Brücke in Wünsdorf auf eigene Kosten bauen können. Momentan haben wir nur zwei Bahnübergänge an der B 96.

Herr W.:

In welcher Größenordnung soll denn die Unterführung sein? Nur für Fußgänger, Radfahrer und Behinderte?

Frau Schwarzweller:

Es soll keine Teilung des Ortes geben. Ein Sprinter oder ein PKW sollen durchkommen.

Herr W.:

Also bestätigen Sie, dass der Beschluss aus 2014 aufgehoben werden soll?

Frau Schwarzweller:

Wir bekommen zwei Bahnquerungen geschlossen, ohne dass es eine finanzielle Beteiligung der Bahn geben wird.

Herr W.:

Wenn Sie diese Unterführung bekommen, erhalten sie keine Förderung für eine weitere Maßnahme.

Frau Schwarzweller:

Die Nordumfahrung wird komplett auf eigene Kosten erfolgen.

Herr Reimer:

Die CDU-Fraktion prüft gerade, ob wir wirklich keinen Rechtsanspruch auf Kostenbeteiligung haben. Vielleicht hilft es wenn eine Bundestagsabgeordnete Briefe an die Deutsche Bahn schreibt.

Frau Schreiber:

Ich melde Rederecht an für die Tops: 8.4, 8.8 und 8.9 und empfehle das meinem Vorredner auch.

Ich habe mehrere Themen: Ich freue mich, dass Sie keinen Ausverkauf der Stadt wollen. Sie können das auf der SVV am 09.09.2020 beweisen. Wir werden dann sehen, wie ehrlich Sie das gemeint haben. Werden Sie beim Einwohnerantrag Nr. 3 mit JA stimmen?

Frau Schwarzweller:

Uns liegt der Antrag noch nicht vor. Daher wird die Verwaltung auf diese Frage jetzt keine Antwort geben.

Frau Schreiber:

An Herrn Haase: Wie viel Zeitverzögerung in Monaten gibt es in dem bereits laufenden B-Planverfahren, wenn jetzt die Kreuzung in die Gemarkung Rangsdorf verlegt wird. Sie haben gesagt, dass Rangsdorf bereits einen gültigen FNP hat.

Herr Njammasch verlässt den Saal um 19:57 Uhr.

Herr Haase an Frau Schreiber:

Dann haben Sie mich falsch verstanden. Rangsdorf hat die Fläche reserviert. Zeitverzögerungen sind schwer auszumachen. Ein B-Plan in der Größe kann nicht in ein oder zwei Jahren durchgezogen werden. Es ist schwer zu sagen, ob die Zeitverzögerung ein, zwei oder drei Monate betragen wird. Das kann ich nicht beantworten.

Frau Schreiber an Herrn Haase:

Hat Ihr Büro den Auftrag für den Waldparkplatz Horstfelde bekommen und wenn ja, dann ab wann ungefähr?

Frau Schwarzweller:

Herr Haase muss dazu nichts sagen. Vertragsinhalte haben im öffentlichen Teil nichts zu suchen.

Frau Schreiber:

Herr Haase, haben Sie einen Auftrag bekommen oder nicht?

Um 20:00 Uhr verlässt Herr Reimer den Saal.

Frau Schreiber:

Wie weit ist der B-Plan Zossen Süd? Die Stadt hat das Recht eigenes Planrecht zu schaffen. Wie weit sind wir da? Wird das Planrecht geschaffen für die Brücke in Wünsdorf? Es gibt einen Rechtsanspruch. Dafür ist das B-Plan-Verfahren

Ab 20:01 Uhr nehmen Herr Njammasch und Herr Reimer wieder an der Sitzung teil.

Frau Schwarzweller:

Natürlich kann Zossen Baurecht schaffen. Allerdings auf eigene Kosten.

Herr Jungbluth:

Es gab eine Zentrumsplanung für Wünsdorf. Ja, in den 90er Jahren gab es viele Pläne für die Umgestaltung von Wünsdorf. Sie sollten die EWZ beauftragen, mal im Archiv zu forschen, wie die Pläne für Wünsdorf waren.

Warum verzögert sich die Baumaßnahme in der Klausdorfer Straße so? Ich weiß, dass es eine Landesmaßnahme ist. Aber die Baumaßnahme beeinträchtigt die Bürger von Klausdorf und Wünsdorf. In der letzten Woche waren da keine Bauarbeiter zu sehen. Ist Ihnen oder dem Bauausschuss bekannt, wann der Baubeginn des Radweges Wünsdorf-Neuhof ist? Vor einigen Jahren hieß es, im Herbst 2020 ist Baubeginn. Ist Ihnen da etwas bekannt?

Gibt es in der Stadt jemanden, der sich mit den Hinweisschildern am Abzweig nach Neuhof beschäftigt? Bitte prüfen Sie, was daraus geworden ist. Ich bin enttäuscht von der letzten Sitzung des KTUE. Besonders geht es um den Radweg Kallinchen-Wünsdorf. Der Anschluss an den Eichenhain 2 wurde gemacht. Aber auf das Recyclingmaterial sollte eine Asphaltdecke aufgebracht werden.

Frau Schwarzweller:

Das mit der Asphaltdecke werden wir prüfen. Ich bin froh, dass eine Begehung stattgefunden hat. Ich bin außerdem froh, dass der Zustand nicht schlimmer geworden ist, da er in den letzten 10 Jahren nicht gepflegt wurde.

Um 20:08 Uhr weist Herr Wilke die Anwesenden darauf hin, dass die 30 Minuten Redezeit der Einwohnerfragestunde überschritten wurden. Er fragt die Ausschussmitglieder, ob diese dafür sind, dass die beiden Ortsvorsteher, die sich noch gemeldet hatten, noch ein Rederecht erhalten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Buge, OV Schünow:

Die kleinen Orte werden regelmäßig vergessen. Die Bundestagsabgeordnete hat auch für uns schon Briefe geschrieben und es hat nichts genutzt. Bitte an die Verwaltung, dass die stadteigenen Grundstücke gepflegt werden. Wichtig, dass die Anbindung an die B 246 gemacht wird.

Sie haben die Gewerbetreibenden eingeladen, um zu erklären, warum eine Erhöhung der Gewerbesteuer erfolgen soll. Nicht einer aus Schünow wurde eingeladen.

Frau Schwarzweller:

Die Einladungen sind nach Steueraufkommen erfolgt. Es werden noch weitere Veranstaltungen stattfinden.

Die Anbindung an die B 246 werden wir prüfen. Wir sind derzeit auch dran zu prüfen, ob der Brandschutzstreifen als Radweg umgestaltet werden könnte. Ich habe mich dazu schon mit meinen Amtskollegen verständigt. Es handelt sich um eine Option, die auf jeden Fall weiterverfolgt werden wird.

Herr Baranowski, OV Zossen:

Zu TOP 8.8 möchte ich Rederecht beantragen. Bei TOP 15 weiß ich nicht, ob der OB

angehört wird.

Frau Schwarzweller:

Das Rederecht für unsere Einwohner muss abgestimmt werden.

Herr Wilke:

Wir haben einen gültigen Beschluss der Stadtverordneten.

Frau Schwarzweller:

Kommt das Rederecht nicht zur Abstimmung, wird die Verwaltung die Fragen nicht beantworten. Sie können Ihre Fragen dann schriftlich stellen.

Herr von Lützow, OV Wünsdorf:

Zum Baufortschritt am Bahnhof Wünsdorf: Eine Ersatzbushaltestelle wurde errichtet. Dort fehlen Unterstellmöglichkeiten, Beleuchtung sowie Mülleimer.

An Herrn Jungbluth: Der Radweg wird gebaut. Es soll ungefähr im Oktober losgehen.

Frau Schwarzweller:

Wir werden uns darum kümmern, dass ein Wartehäuschen in Wünsdorf errichtet wird.

zu 7

Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Njammasch:

Ich möchte die Frage von Herrn Juricke beantworten. Ich habe mir selber einen Einblick verschafft. Ich bin an den Strandbädern Wünsdorf, Kallinchen und Horstfelde vorbeigefahren. In Wünsdorf diskutieren wir seit Jahren, dass die rechte Seite der Seestraße nicht mehr zugепarkt werden soll. In Kallinchen war die Situation relativ entspannt.

Herr Klucke:

Zur Situation in Horstfelde: Ich hoffe, sie alle besuchen die Siedlung mal. Die Siedlung und die Wälder werden zugепarkt. Das Ordnungsamt besucht Horstfelde nicht mal um die Situation zu entschärfen. Wie ist der Planungsstand für die Baurechtschaffung für den Parkplatz in Horstfelde. Haben die Planungsunterlagen ausgelegen? Wurde ein Planungsbüro beauftragt?

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung tut ihr Möglichstes, um Planungs- und Baurecht zu schaffen. Alle anderen vorgeschlagenen Maßnahmen werden von ihnen in Horstfelde nicht favorisiert.

Herr Klucke:

Ich stelle noch einmal die Frage, ob ein Planungsbüro beauftragt wurde.

Frau Schwarzweller:

Das ist eine Frage für den nichtöffentlichen Teil.

Herr Gurczik:

Man versucht, das Mitspracherecht unserer Bürger einzuschränken. Herr Gurczik zitiert das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 21.07.2020, welches die Stadtverordneten über ihre Postfächer erhalten haben. Das Wort „vorgesehen“ heiße noch lange nicht, dass ein Rederecht nicht beschlossen werden könne. Herr Gurczik richtet einen Aufruf an die Bürger, zukünftig alle Themen in die Einwohnerfragestunde zu bringen.

Frau Küchenmeister:

Wir werden uns im RSO mit diesem Blättchen beschäftigen. Für diesen Ausschuss ist es zu spät eingegangen. Wir haben eine Kommunalverfassung. Zitiert die Kommunalverfassung zur Einwohnerbeteiligung. Wir können uns selber eine Form der Einwohnerbeteiligung geben.

Zu Frau R., die eine Freundin von Frau Schwarzweller ist: Es sind insgesamt sechs Mitglieder im Aufsichtsrat. Fünf aus der SVV inkl. der Bürgermeisterin und der Geschäftsführers, Herr Kosicki. Wenn die SVV die Aufgaben übernehmen soll, wo bleibt die Beteiligung der ZWG. Der Aufsichtsrat ist ein Kontrollorgan und kein handelndes Organ.

Frau Schwarzweller:

Ich möchte, dass die SVV ihre Rechte als Gesellschafterin wahrnehmen kann.

Frau Küchenmeister:

Bisher war es immer so, dass der Bürgermeister von Rangsdorf gegen die Nordumfahrung war. Kann Rangsdorf an unsere Nordumfahrung etwas ergänzen? Was sind die Antriebsfedern für Rangsdorf jetzt zuzustimmen?

Frau Schwarzweller:

Die Optionen stehen und Zossen sollte sie prüfen und in Anspruch nehmen. Das nennt sich kommunale Zusammenarbeit.

Herr Gurczik:

Zu ihrer Frage, welches Problem wir damit hätten, dass die SVV darüber bestimmt, was in der ZWG geschieht. Sie haben ein Problem damit, dass Sie wissen, dass die Leute, die in der ZWG drinnen sind, niemals den Verkäufen zustimmen, die Sie planen.

Herr Wilke:

Es steht ein Punkt auf der Tagesordnung zur innerörtlichen Querung der Bahn. Wir haben über die erwähnte Kooperationsvereinbarung noch nie im Bauausschuss gesprochen. Wie viel würde uns eine Umplanung kosten? Der Bürgermeister von Rangsdorf macht bei allen B-Plänen Einwendungen wegen dem erhöhten Verkehrsaufkommen in Groß Machnow. Ich weiß ja nicht, wie die Planung ist. Wir haben noch keine Planungen zur Kooperationsvereinbarung auf dem Tisch.

Frau Schwarzweller:

Es ist eine Teilaufhebung des ursprünglichen Beschlusses erforderlich. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir eine Unterführung in Dabendorf wollen. Wollen wir eine bessere Variante für die Bürger und die Verwaltung?

Herr Reimer wird von Herrn Wilke gebeten, von der Begehung des Neubaus der Gesamtschule Dabendorf am Montag zu berichten.

Herr Reimer:

Wir haben uns den Stand der Bauarbeiten an der Gesamtschule Dabendorf angesehen, um zu prüfen, ob eine Mietzahlung zum jetzigen Zeitpunkt gerechtfertigt ist. Die erste Etage sieht vom Fortschritt her schon ganz gut aus. In der zweiten und dritten Etage sind noch keine Decken eingebaut und es sind keine Malerarbeiten erfolgt. Die Qualität der Bauarbeiten war also sehr unfertig.

Herr Gurczik stellte den Antrag zur Geschäftsordnung auf eine kurze Pause.

Herr Wilke beraumte um 20:37 Uhr eine Pause an. Die Sitzung wurde ab 20:47 Uhr mit dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt fortgeführt.

zu 8 **Beratung von Beschlussvorlagen**

zu 8.1 **Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Fußballgolfanlage Glienick" im OT Glienick (Wiedervorlage)** **Vorlage: 013/20**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Fußballgolfanlage Glienick“ im OT Glienick und deren ortsübliche Bekanntmachung gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB).*

und

2. *Die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB (Baugesetzbuch) sowie deren ortsüblichen Bekanntmachungen im Amtsblatt.*

Frau Schwarzweller berichtet, das der Ausschuss KTUE am Montag festgestellt hat, dass es sich um ein gutes Projekt handelt, der Standort jedoch nicht gut ist. Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen. Es soll überprüft werden, ob es eine Austauschfläche gibt.

Herr Wilke:

Die Mehrheit der SVV hielt die Grundidee für gut, aber die Lage ist schlecht. Ich bitte um Abstimmung zur Verschiebung der Beschlussvorlage.

Abstimmung zur Verschiebung: 6 / 0 / 0

zu 8.2 Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan "Siedlung am Wasserfließ" im OT Zossen (Wiedervorlage)
Vorlage: 015/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden angenommen.*

oder

2. *Die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden mit den laut Protokoll aufgeführten Änderungen angenommen.*

Abstimmung zu 1: 6 / 0 / 0

zu 8.3 Benennung der neuen Straße im Plangebiet "Wohnsiedlung Machnower Chaussee" (Wiedervorlage)
Vorlage: 020/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Benennung der neuen Straße in „Eschenweg“.*

oder

2. *Die Benennung der neuen Straße laut Protokoll.*

Frau Schwarzweller:

Der OB Zossen hat den Namen „Schwalbenweg“ vorgeschlagen.

Abstimmung zu 2. für „Schwalbenweg“: 5 / 0 / 1

zu 8.4 Aufstellungsbeschluss für die Änderung 4.1. zum FNP der Stadt Zossen - Wohnen am Olympiastadion
Vorlage: 053/20/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Aufstellung der 4.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen im Bereich des Bebauungsplanes „Wohnen am Olympiastadions“ und die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

Frau Flüge von der EWZ und Frau Albani erhalten das Wort. Sie erläutern ausführlich die Pläne. Die Anwesenden diskutieren und stellen Nachfragen zum Sachverhalt, die beantwortet werden.

Herr Wilke:

Antrag auf Verschiebung auf die Sitzung, auf der wir auch über den B-Plan reden.

Abstimmung zu dem Antrag auf Verschiebung: 2 / 4 / 0

Damit lehnen die Ausschussmitglieder eine Verschiebung der Beschlussvorlage mehr-

heitlich ab.

Abstimmung zur Beschlussvorlage: 4 / 2/ 0

zu 8.5 Benennung der Straße im Gebiet des Bebauungsplanes "Glienicker Straße I. und II. BA"
Vorlage: 066/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Benennung der neuen Straße im Bebauungsplangebiet „Glienicker Straße I. u. II. BA“:

1. *in Gerhard-Schubert-Straße*
oder
2. *in Schubertstraße*
oder
3. *Straßenbenennung laut Protokoll.*

Herr Baranowski:

Der Ortsbeirat schlägt einen Namen mit geographischem Bezug vor.

Herr Baranowski begründet im Folgenden, warum der Name zu Ziff. 1 nicht gewählt werden sollte.

Herr Reimer:

Ich beantrage die Verschiebung des Beschlusses, damit wir uns im Ortsteil darüber beraten können.

Frau Schwarzweller erklärte als Einreicherin der Beschlussvorlage ihr Einverständnis zur einmaligen Verschiebung.

zu 8.6 Offenlagebeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes "Solarpark am Koschewoi-Ring" im GT Waldstadt, OT Wünsdorf der Stadt Zossen
Vorlage: 067/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Solarpark am Koschewoi-Ring“, der Plan mit der Begründung, wird in der vorliegenden Form gebilligt.*

und

2. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Solarpark am Koschewoi-Ring“ wird gemäß § 3 (2) BauGB für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus ausgelegt. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.*

Herr Haase, IDAS, erklärte ausführlich die betreffende Planung. Es gab keine Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder.

Abstimmung: 2 / 1 / 3

zu 8.7 Widmungsverfügung über die Zuwegung der Grünfläche im Plangebiet "Am Eichenhain" - 2. Änderung im GT Waldstadt, OT Wünsdorf der Stadt Zossen
Vorlage: 068/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Widmung der Zuwegung zur Grünfläche im Bebauungsplan „Am Eichenhain“ – 2. Änderung.

Abstimmung: 5 / 0 / 1

**zu 8.8 Mittelbahnsteig Bahnhof Zossen - Übernahme höherer Planungskosten und Übernahme Baukosten
Vorlage: 071/20**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Übernahme von Planungskosten i. H. v. zusätzlich ca. 17 T€ für die Planung des Daches auf dem Mittelbahnsteig am Bahnhof Zossen.*

und

2. *Die Errichtung des Daches auf dem Mittelbahnsteig am Bahnhof Zossen, welche derzeit mit einem Kostenvolumen von 609.200,00 € verbunden ist.*

oder

3. *Weite Planungskosten werden nicht übernommen, der Mittelbahnsteig auf dem Bahnhof Zossen erhält kein Dach.*

Frau Schwarzweller erläutert die Beschlussvorlagen. Nachfragen der Anwesenden werden diskutiert.

Abstimmung zu 1. und 2.: 2 / 1 / 3

**zu 8.9 Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts
Vorlage: 073/20**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Schaffung eines innerörtlichen Bahnüberganges im GT Dabendorf für Kraftfahrzeuge.

Die Bürgermeisterin wird mit dem Abschluss einer entsprechenden Eisenbahnkreuzungsvereinbarung beauftragt.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche hierfür notwendigen Maßnahmen vorzunehmen.

Die Beschlussvorlage 005/18 wird in Ziffer 3. Abs. 2 aufgehoben (Beschlussvorlagen 164/07/01 und 005/2018 anbei).

Frau Schwarzweller erläutert die Beschlussvorlage ausführlich. Die Anwesenden diskutieren den Vorschlag der Verwaltung sehr ausführlich.

Herr Reimer:

Ich beantrage hiermit hinter dem Satz „...die Schaffung eines innerörtlichen Bahnüberganges im GT Dabendorf für Kraftfahrzeuge **bis 7,5 t.**“ einzufügen.

Herr Gurczik:

Ich habe einen Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Bürgermeisterin zu beauftragen, den Sachverhalt nochmals zu prüfen, ob der Bau

eines innerörtlichen Bahnübergangs in Dabendorf die Verhandlungen mit der Bahn zur anteiligen Kostenübernahme der Nordumfahrung gefährden würde. Die Unterlagen sollen dem BBW zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung zum Änderungsantrag von Herrn Gurczik: 2 / 4 / 0
Damit wurde der Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag auf Texterweiterung von Herrn Reimer für die Ergänzung: „...für Kraftfahrzeuge **bis 7,5 t.**“: 4 / 0 / 2
Damit wurde der Ergänzung des ersten Satzes der Beschlussvorlage mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung zur so ergänzten Beschlussvorlage Nr. 073/20: 4 / 2 / 0
Die Beschlussvorlage wurde damit inkl. der Ergänzung mehrheitlich zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung empfohlen.

Herr Wilke schließt die Sitzung um 22:37 Uhr, da es keinen Antrag auf Fortführung der Sitzung über 22:00 Uhr hinaus gab.

zu 9 Anträge von Fraktionen

zu 9.1 Änderungsantrag der Fraktion AfD, eingegangen bei der Stadt Zossen am 12.05.2020: Änderungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 128/19 (Wiedervorlage) Vorlage: 045/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- Punkt 1 bleibt bestehen!
- Zu Punkt 2: alt:
„ Für den Ortsteil Kallinchen wird durch die Stadt Zossen ein öffentlicher Spielplatz auf einer Teilfläche des Grundstückes Birkengrund, Flur 3, Flurstück 838 (Anlage 1 – schraffiert) errichtet. „

Wird ersetzt durch Punkt 2 neu:

„Für den Ortsteil Kallinchen wird durch die Stadt ein öffentlicher Spielplatz auf einem stadt eigenen Grundstück in Kallinchen, welches durch den Ortsbeirat Kallinchen noch zu bestimmen ist, errichtet.“

- nicht geschafft

zu 10 Informationen zur Deponieerweiterung Schöneiche

- nicht geschafft

Matthias Wilke
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich
Protokollantin

Matthias Wilke
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich
Protokollantin